

Hauptstätter Str. 57, 70178 Stuttgart
Tel: 0711 - 55 32 83-4,
Fax 0711 - 55 32 83-5
E-Mail info@fluechtlingsrat-bw.de
Web www.fluechtlingsrat-bw.de

E-Mail-Newsletter

Nr. 196, 26. April 2016

Liebe Mitglieder, FörderInnen und Interessierte!

Der Wind gegen Flüchtlinge hat langsam aber sicher Eiseskälte angenommen. Der EU-Türkei-Deal hält Europa mit menschenrechtlich höchst fragwürdigen Praktiken die meisten Flüchtlinge vom Hals und auch völlig zerrüttete Staaten wie bspw. Libyen könnten demnächst als Türsteher Europas fungieren. Indessen sterben Augenzeugenberichten zufolge wieder Hunderte von Menschen im Mittelmeer. Auf bundesdeutscher Ebene wiederum jagt ein Gesetzesentwurf den nächsten: Nachdem erst am 17. März das „Asylpaket II“ in Kraft getreten ist, hat sich die Bundesregierung bereits auf Eckpunkte zu einem neuen „Integrationsgesetz“ geeinigt, das in weiten Teilen eine desintegrative Wirkung zu entfalten droht (Wohnsitzauflagen für anerkannte Flüchtlinge, Sozialleistungskürzungen usw.). Und auch die Maghrebstaaten sollen nun im Turbogang zu „sicheren Herkunftsstaaten“ erklärt werden, nachdem dies vor den Landtagswahlen noch zurückgestellt worden war – sicherlich auch, um den Kretschmannschen Wahlkampf nicht zu stören. Und damit sind wir bereits bei der Situation in Baden-Württemberg – einem Land, in dem die AfD 15,1 Prozent der Stimmen erhalten hat. Umso wichtiger ist es nun, dass wir als FlüchtlingsunterstützerInnen deutlich signalisieren: Es gibt viele Menschen im Land, die weiterhin für und mit Flüchtlingen arbeiten, anstatt zu hetzen und Heime anzuzünden! Es gibt viele Menschen, die weiterhin der Meinung sind, Deutschland sollte an pragmatischen und humanen Lösungen zur Aufnahme und Integration von Flüchtlingen arbeiten, anstatt eine ideologische und völkerrechtswidrige Abschottungspolitik zu vertreten. In diesem Sinne wünschen wir Ihnen wie immer eine anregende Lektüre unseres Newsletters. Der Vorstand und die Mitarbeiter/innen der Geschäftsstelle des Flüchtlingsrats

Hinweis: Wenn Sie am Ende der jeweiligen Beiträge auf „**Weiterlesen...**“ klicken, gelangen Sie zur ausführlichen Darstellung auf unserer Homepage und finden dort auch zahlreiche weitere Dokumente und Medienberichte.

1. FLÜCHTLINGSARBEIT

Informationen, Tipps und Arbeitshilfen zur praktischen Flüchtlingshilfe in BaWü und darüber hinaus

14.03.2016 **Baden-württembergisches Sozialministerium fördert Projekte der Flüchtlingshilfe**

Antragsfrist: 13. Mai 2016

Gefördert werden Netzwerke, in denen sich Akteure aus der Flüchtlingshilfe (Flüchtlingsinitiativen, Kirchen, Vereine, Wohlfahrtsverbände, sowie Kommunen und Kreise) zusammenschließen. Je nach Größe des Bündnisses können bis zu 15.000 € bzw. 50.000 € beantragt werden. Weitere Infos finden Sie [hier](#).

18.04.2016 **Härtefallkommission: Jahresbericht 2015**

Starke Zunahme der Anträge und der Ablehnungen, nur 31 Härtefallersuchen

Aus dem aktuell vom Ministerium für Integration herausgegebenen Tätigkeitsbericht der Härtefallkommission (HFK) des Landes Baden-Württemberg ergibt sich, dass sich die Zahl der Anträge bei der HFK im Jahr 2015 mehr als verdoppelt hat. Im Jahr 2015 wurden laut Bericht insgesamt 393 Anträge eingereicht (2014: 185). Tatsächlich entschieden hat die HFK im Jahr 2015 über 297 Anträge. Von diesen wurden bereits in der Vorprüfung 105 Anträge aus

rechtlichen Gründen (z.B. noch laufendes Gerichtsverfahren) und 144 Anträge als „offensichtlich unbegründet“ wegen zu kurzem Aufenthalt und damit nicht ausreichender sozialer und wirtschaftlicher Integration abgelehnt. Von den lediglich 48 im Jahr 2015 eingehend beratenen und geprüften Eingaben wurden schließlich 31 positiv beurteilt und dem Innenminister als Gesuch vorgelegt. Die vorgelegten Gesuche wurden vom Innenminister alle angenommen, in diesen Fällen wurde somit eine Aufenthaltserlaubnis erteilt. Im Vergleich zum Jahr 2014 sind damit bei gleichzeitig massiv verschärften Asylgesetzen auch die Chancen für einen erfolgreichen Härtefallantrag stark gesunken. Die HFK sieht die Gründe für die Zunahme der Ablehnungen in der zu geringen Aufenthaltsdauer / Integrationsleistung und auch in der mangelnden Qualität vieler Anträge.

Ministerium für Integration (März 2016): [10. Tätigkeitsbericht der Härtefallkommission \(PDF\)](#)

12.04.2016 Ministerium für Integration: [Pressemitteilung 10. Tätigkeitsbericht der Härtefallkommission \(PDF\)](#)

26.04.2016 **Afghanische Flüchtlinge auf Verfahren vorbereiten!**

Schon lange ist die große Anzahl der nach Deutschland Geflüchteten aus Afghanistan Bundesinnenminister de Maizière ein Dorn im Auge. Jetzt hat das BAMF diese Gruppe offensichtlich in den Fokus genommen. Uns sind Informationen über erste Schnellverfahren für afghanische Geflüchtete zugetragen worden, die in eine schnelle Ablehnung und Abschiebung dieser Schutzsuchenden münden könnten. Daher ist es nun umso wichtiger, afghanische Flüchtlinge bei der Vorbereitung auf die Anhörung intensiv zu unterstützen.

Informationsverbund Asyl und Migration: [Die Anhörung im Asylverfahren](#) (auch auf Persisch erhältlich)

14.04.2016 **Konfliktsensitive Flüchtlingsarbeit**

Ein Workshopangebot der Berghof-Stiftung für ehrenamtlich Engagierte

Für die Flüchtlingsarbeit nötig sind die Bereitschaft und die Fähigkeit, mit Konflikten konstruktiv umgehen zu können. Denn Konflikte sind alltäglicher Bestandteil des Zusammenlebens von Menschen und treten überall dort auf, wo verschiedene Bedürfnisse und Interessen aufeinandertreffen oder Situationen unterschiedlich wahrgenommen und bewertet werden. Der von der Berghof Foundation ab Juni 2016 angebotene Tagesworkshop greift dieses Thema auf und richtet sich dabei gezielt an ehrenamtlich in der Flüchtlingsarbeit Engagierte. Gemeinsam werden Erfahrungen ausgetauscht und anhand von Beispielen verschiedene Aspekte von Konflikten betrachtet, Ursachen herausgearbeitet, Möglichkeiten der Konfliktbearbeitung diskutiert und Handlungsoptionen entwickelt.

Weiterlesen ...

18.03.2016 **WICHTIGER HINWEIS: Bestätigung des Termins zur Antragstellung beim Bundesamt in Karlsruhe dringend empfohlen**

Aufgrund einer Überterminierung kommt es derzeit häufig vor, dass Asylsuchende, die eine Einladung vom Bundesamt in Karlsruhe zur Asylantragstellung erhalten haben, wieder weggeschickt werden, ohne tatsächlich ihren Antrag stellen zu können. Um unnötige Anreisen zu vermeiden, empfiehlt es sich dringend, etwa eine Woche vor dem festgesetzten Termin sich diesen bestätigen zu lassen. Dies ist über die Telefonnummer 0721/824829-333 oder alternativ über die E-Mailadresse kar-posteingang@bamf.bund.de möglich. Für Geflüchtete mit langer Anreise kann eine Übernachtungsmöglichkeit in der Durlacher Allee 100 organisiert werden.

15.03.2016 **Taschengeldnachzahlung für ausstehendes Geld nach der Verlegung aus den LEAs**

Immer wieder kommt es vor, dass geflüchtete Menschen vor dem „Taschengeldauszahlungstermin“ aus den LEAs in die Landkreise verlegt werden. Jeder Geflüchtete hat das Recht dieses Geld nachgezahlt zu bekommen. Dafür muss ein formloser Antrag zur Taschengeldnachzahlung per E-Mail an das zuständige Regierungspräsidium gerichtet werden. Nähere Informationen zum formlosen Antrag und den AnsprechpartnerInnen finden Sie hier:

[Weiterlesen](#)

24.03.2016 **Hoffnungsträger Stiftung und Babbel bieten kostenlose Online-Sprachkurse für Flüchtlinge an**

Die Hoffnungsträger Stiftung stellt in Kooperation mit dem Online-Sprachkursanbieter Babbel kostenlose Codes für einen Online-Sprachkurs zur Verfügung. Damit können Flüchtlinge einen Deutschkurs aktivieren und sofort mit dem Lernen beginnen. Die App von Babbel läuft auf PC und Handy.

Weiterlesen ...

05.04.2016 **PRO ASYL-Kampagne: Gemeinsam gegen Rassismus**

Gewalt und rassistische Übergriffe gegen Flüchtlinge nehmen immer mehr zu. Befeuert wird dies von PolitikerInnen, die selbst Stimmung gegen Flüchtlinge machen. PRO ASYL fragt: „Was kann man dagegen tun?“ und ruft zur Beteiligung an der Kampagne „Gemeinsam gegen Rassismus“ auf. Im Rahmen dieser Kampagne werden die auch als handliche Broschüre „Pro Menschenrechte – contra Vorurteile“ erhältlichen „Fakten gegen Vorurteile“ im Internet

publiziert. Aufgeführt werden unter anderem auch Informationen und Handlungsempfehlungen, wie gegen rechte Hetze vorgegangen werden kann und wie Veranstaltungen und Aktionen inhaltlich konzipiert werden können.
PRO ASYL-Kampagne: [Gemeinsam gegen Rassismus](#)

28.03.2016 **LEUCHTLINIE - Neue Beratungsstelle für Betroffene von rechter Gewalt in Baden-Württemberg**

Betroffene von rechter Gewalt und oft auch ihr soziales Umfeld benötigen besondere Hilfe bei der Bewältigung von psychischen, physischen und materiellen Schäden. Damit Betroffene passgenaue und bedarfsgerechte Unterstützung erhalten, gibt es nun mit LEUCHTLINIE eine direkte Hilfs- und Anlaufstelle für Menschen, die von rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt betroffen oder Zeugin einer solchen Tat sind. Die Beratung umfasst u.a. Auskunft und Informationen, Beratung hinsichtlich polizeilicher Anzeige, ggf. Vermittlung zu juristischer Unterstützung und Begleitung sowie ggf. Vermittlung zu psychotherapeutischen ExpertInnen. Sie erfolgt kostenlos, vertraulich und auf Wunsch anonym. Die Beratungsstelle ist bei der Türkischen Gemeinde BW e.V. angesiedelt und wird vom Sozialministerium und von der Landeszentrale für politische Bildung gefördert. Der Flüchtlingsrat BW ist Mitglied im Beirat von LEUCHTLINIE.

Beratungshotline für Betroffene: 0711 / 888 999 33, Montags-Freitags 9-17 Uhr, Mittwochs auch 20-22 Uhr
E-Mail: kontakt@leuchtlinie.de, Internet: www.leuchtlinie.de
[Flyer Leuchtlinie \(PDF\)](#)

01.04.2016 **Gesundheit für Geflüchtete**

Das Infoportal „[Gesundheit für Geflüchtete](#)“ enthält hilfreiche Informationen rund um die Gesundheitsversorgung Geflüchteter. Auch die rechtlichen Grundlagen sind ausführlich dargestellt

Informationen über aktuelle gerichtliche Entscheidungen im Asyl- und Flüchtlingsbereich finden Sie hier:
<http://fluechtlingsrat-bw.de/asylrechtsprechung.html> oder auf www.asyl.net

In aller Kürze:

31.03.2016 **Formulare verstehbar machen**

Die [Kontakt- und Beratungsstelle für Flüchtlinge und MigrantInnen e.V \(KuB\)](#) will Flüchtlingen und MigrantInnen dabei helfen sich im „deutschen Amtsdschungel“ zurechtzufinden. Ehrenamtliche ÜbersetzerInnen übersetzen dafür amtliche Formulare in möglichst viele Sprachen. [Formulare verstehbar machen - damit unser Willkommen nicht zum Altraum wird](#)

06.04.2016 **Weiterbildungen zum/r Integrationskursdozent/in an PHs in Baden-Württemberg**

Ab dem Sommersemester 2016 bieten mehrere Pädagogischen Hochschulen in Baden-Württemberg die Zusatzqualifikation Deutsch als Zweitsprache vom Bundesamt für Migration und Flüchtlinge an, mit der man in Integrationskursen unterrichten darf. Teilweise sind die Angebote kostenfrei bzw. stark kostenreduziert. Die Zulassungskriterien finden Sie auf den Internetseiten der einzelnen Hochschulen ([PH Karlsruhe](#), [PH Ludwigsburg](#), [PH Schwäbisch-Gmünd](#)).

05.04.2016 **Über hundert Menschen demonstrieren für offene Grenzen**

Rund 100 Engagierte haben am 2. April die Autobahn A5 in der Nähe von Weil am Rhein blockiert. Die Aktion fand im Rahmen der [No Border Action Days](#) „aus Protest gegen die unmenschliche und rassistische Politik Deutschlands, der Schweiz, der EU und anderen europäischen Staaten und in Solidarität mit allen Geflüchteten“ statt.

02.04.16: Pressemitteilung No Border Action Days: [Schengenparty Crashen!](#)

20.04.2016 Film: **„Flucht! - Dublin funktioniert nicht“**

Udo Dreutler, stellvertretender Vorsitzender des Karlsruher Vereins „Freunde für Fremde“ stellt in seinem Film „Flucht! - Dublin funktioniert nicht“ Europas Flüchtlingspolitik aus der Sicht der Betroffenen dar. Darin dokumentiert er die Flucht eines Nigerianers nach Italien, die Zustände in Catania (Sizilien), dem größten Flüchtlingslager Europas, sowie die Rücküberstellung eines Gambiers nach Italien. Der Film hat eine Laufzeit von einer Stunde und ist überwiegend in englischer Sprache mit deutschen Untertiteln. Der Film kann für rund 25 € erworben werden, alternativ kann eine Vorführung mit anschließender Diskussion gebucht werden. Näheres dazu unter kontakt@dreutler.de.

04.04.2016 **Das Forum Azilon stellt sich vor**

Das Forum Azilon aus Konstanz stellt sich im [Südkurier](#) vor. Jürgen Weber berichtet über die Motivation und Ziele der neu gegründeten Flüchtlingsinitiative.

24.03.2016 [Rechtswidrige Abschiebung in Lebensgefahr muss rückgängig gemacht werden](#)

Pressemitteilung des Flüchtlingsrats BW

Am frühen Morgen des 16. März wurde eine schwer nierenkranke Frau nach Albanien abgeschoben, obwohl der in diesem Fall gestellte Härtefallantrag noch nicht entschieden ist. Die Abschiebung war damit rechtswidrig. Der Flüchtlingsrat fordert die sofortige Wiedereinreise von Frau Kurti.

21.04.2016 [hr_integrate - Personalprofis unterstützen Geflüchtete](#)

Ziel von „hr_integrate“ ist, dass deutsche „Personalers“ als Mentoren geflüchtete Menschen auf dem Weg in den deutschen Arbeitsmarkt individuell unterstützen und begleiten. Ein Personal-Profi betreut jeweils einen oder mehrere geflüchtete Menschen vor Ort. Personalers und Geflüchtete/r werden via Website (<http://hr-integrate.com>) zusammengebracht und arbeiten dann gemeinsam am Berufseinstieg des/der Geflüchteten. [Weiterlesen ...](#)

(Weitere) Berichte über die (lokale) Flüchtlingsarbeit in Baden-Württemberg finden Sie hier:

www.fluechtlingsrat-bw.de/fluechtlingsarbeit-bw.html

Nützliche Informationen und Tipps finden Sie auch auf der Flüchtlingshilfe-Homepage des Staatsministeriums BW
www.fluechtlingshilfe-bw.de

2. FLÜCHTLINGSPOLITIK

Informationen zur Flüchtlings- und Migrationspolitik BaWü / BRD / EU ...

15.04.2016 [Gesetzgebungsprozess zur Einstufung von Algerien, Marokko und Tunesien als „sichere Herkunftsstaaten“ eingeleitet](#)

PRO ASYL: Folterstaaten sind nicht sicher

Am 14. April wurde der Gesetzesentwurf zur Einstufung von Algerien, Marokko und Tunesien erstmals im Bundestag diskutiert. Vor dem Hintergrund der Landtagswahlen in drei Bundesländern war der seit längerem angestrebte Gesetzgebungsprozess zurückgestellt worden. Mitglieder von Oppositionsparteien und Menschenrechtsorganisationen prangern die Menschenrechtsverletzungen in den Maghrebstaaten an. PRO ASYL äußert sich folgendermaßen:
„Staaten, in denen gefoltert wird, demokratische Grundrechte missachtet und die Menschenrechte verletzt werden, sind keine sicheren Herkunftsstaaten. Die Bundesregierung beschönigt die Lage, ignoriert Menschenrechtsverletzungen in diesen Ländern und stellt stattdessen Persil-Scheine aus. Damit wird die Menschenrechtssituation in diesen Staaten bagatellisiert.“

Weiterlesen ...

14.04.2016 [Sogenanntes "Integrationsgesetz" in Planung](#)

Nachdem erst am 17. März das sog. „Asylpaket II“ verabschiedet wurde, ist nun bereits das nächste Gesetzespaket in der Pipeline: So einigte sich die Regierungskoalition am 14. April auf die Eckpfeiler eines „Integrationsgesetzes“, in dem Maßnahmen zur Eingliederung von ZuwanderInnen sowie Sanktionsmöglichkeiten für Personen, die sich nach Meinung des Gesetzgebers nicht ausreichend integrieren, festgehalten werden sollen. PRO ASYL äußerte sich richtigerweise mit den Worten: *„Die Bundesregierung plant ein Desintegrationsgesetz. Es gibt ein Angebotsdefizit der Bundesregierung, nicht einen Integrationsunwillen der Flüchtlinge.“*

Weiterlesen

12.04.2016 [Erste SyrerInnen erhalten „nur“ subsidiären Schutz](#)

Bis vor Kurzem hat das BAMF SyrerInnen beinahe ausnahmslos den Flüchtlingsstatus zuerkannt. Dies geschah regelmäßig auf Grundlage eines beschleunigten schriftlichen Fragebogenverfahrens. Den Fragebogen erhielten neben SyrerInnen auch Personen aus Eritrea und dem Nordirak. Dieses Fragebogenverfahren ist nach unseren Informationen nun endgültig und unabhängig vom Einreisedatum abgeschafft. Stattdessen erfolgt in allen Fällen eine mündliche Anhörung. Aus der Praxis sind uns nun erste Fälle berichtet worden, in denen SyrerInnen nur noch der subsidiäre Schutz zugesprochen wurde.

[Weiterlesen ...](#)

13.04.2016 **RP Stuttgart bearbeitet Zeugnisanerkennungsanträge nur noch bei Personen mit „Bleibeperspektive“**

Die Anerkennungsstelle für schulische Bildungsnachweise aus dem Ausland beim Regierungspräsidium Stuttgart hat bereits im März 2016 eine interne Regelung verabschiedet, nach der Anträge zur Gleichwertigkeitsprüfung von

Schulzeugnissen nur noch bei solchen Personen angenommen und bearbeitet werden, die einen Aufenthaltstitel haben, mindestens jedoch eine Aufenthaltsgestattung. Als Grund wurde die hohe Zahl an Anträgen angegeben. Diese Praxis schließt Personen aus, die noch keine Aufenthaltsgestattung durch das BAMF erhalten haben. Explizit ausgeschlossen wird die Bearbeitung von Anträgen von Personen aus sicheren Herkunftsländern nach § 29a Asylgesetz. Bei einer Duldung muss nachgewiesen werden, dass die Duldung „auf Dauer erfolgt“. Der Umgang des RP Stuttgart widerspricht der Tatsache, dass der Aufenthaltsstatus für die Berechtigung für eine Antragstellung nicht relevant ist. Auf der [Webseite des RP](#) ist hierzu folgender Satz vermerkt: „Wir sind nur dann für Sie zuständig, wenn Sie Ihren Wohnsitz in Baden-Württemberg haben, oder schriftlich mitteilen, wo Sie sich für eine Aus- oder Weiterbildung, eine Beschäftigung ... in Baden-Württemberg beworben haben oder bewerben wollen.“

08.04.2016 **Abschiebehaftanstalt in Pforzheim in Betrieb genommen**

Am 1. April 2016 eröffnete Innenminister Gall die Abschiebehafteinrichtung in Pforzheim. Derzeit gibt es 21 Abschiebehaftplätze, bis zum Frühjahr 2018 soll das Abschiebegefängnis in der ehemaligen Jugendstrafanstalt Pforzheim Platz für 80 ausreisepflichtige Personen bieten. Voraussetzung für die Anordnung von Abschiebehaft sei die begründete Annahme, dass die Person untertauchen wolle, so Gall.

Medieninformation Innenministerium: „[Abschiebehafteinrichtung in Pforzheim nimmt Betrieb auf](#)“

01.04.2016 Schwarzwälder Bote: „[Pforzheim: Innenminister Gall eröffnet Abschiebegefängnis](#)“

06.04.2016 **Land drosselt Verteilung von Flüchtlingen in Stadt- und Landkreise**

Nachdem die Zahl der in den Landeserstaufnahmeeinrichtungen neu eingetroffenen Asylsuchenden im 1. Quartal 2016 auf ca. 20.000 Personen zurückging (ca. ein Drittel der Zugangszahlen des vergangenen Jahres) drosselte das Land Baden-Württemberg die Zuweisungen von Asylsuchenden in die Stadt- und Landkreise, wie das Ministerium für Integration in einer Pressemitteilung vom 25. März bekannt gab. Dies soll die Kommunen entlasten. Im April werden nach Aussage der Lenkungsgruppe Flüchtlingsaufnahme bis zu 4000 Flüchtlinge an die Kommunen weitergegeben, ab Mai soll die Zahl auf 500 pro Monat reduziert werden.

Ministerin Öney: „[Wir drosseln die Verlegung von Flüchtlingen aus Erstaufnahmeeinrichtungen in Unterkünfte der Stadt- und Landkreise und entlasten diese dadurch.](#)“

11.04.2016 Südwestpresse: „[Asyl-Erstaufnahme: Land baut Plätze ab](#)“

02.04.2016 **Anti-Flüchtlings-Deal mit der Türkei ist eine „Schande für Europa“**

Am 18. März beschloss die EU in einem Abkommen mit der Türkei, dass ab sofort alle Flüchtlinge, die per „illegaler Einreise“ an den griechischen Küsten ankommen, dort inhaftiert werden, ein pro Forma-Asylverfahren erhalten und dann wieder in die Türkei zurückgeschoben werden sollen. Für jeden aus Griechenland abgeschobenen syrischen Geflüchteten will die EU eine/n Syrer/in aus der Türkei per Resettlement aufnehmen. Dieser perfide Plan verstößt nach Auffassung von Menschenrechtsorganisationen gegen die Genfer Flüchtlingskonvention, da die Türkei nicht als „sicherer Drittstaat“ angesehen werden kann und z.B. afghanische oder syrische Flüchtlinge sogar in ihre Herkunftsländer abschiebt, wo ihnen Verfolgung und Tod drohen. Aus Sicht des Menschenrechtsbeauftragten des Europarats, Nils Muiznieks, ist der Türkei-EU-Deal daher „schlicht illegal“. UNHCR und Hilfsorganisationen haben sich bereits aus der Zusammenarbeit mit den EU-Behörden auf den griechischen Inseln zurückgezogen. Lesen Sie bei Pro Asyl über die Details und die Kritik am EU-Türkei-Deal.

17.03.2016 PRO ASYL: „[Trotz Nachbesserungen: Der EU-Türkei-Deal verstößt gegen fundamentale Menschenrechte!](#)“

18.03.2016 PRO ASYL: „[Warum der Deal mit der Türkei eine Schande für Europa ist](#)“

04.04.2016 PRO ASYL: „[Abschiebungen in die Türkei: Rechtswidriger Akt der Unmenschlichkeit](#)“

18.04.2016 **[Mahnwache in Ellwangen protestierte gegen EU-Türkei-Abkommen](#)**

Bericht / Presseerklärung von Gerhard Schneider (Mahnwache Ellwangen):

Scharf kritisierten die RednerInnen aus dem Kreis der aufrufenden Gruppen bei der Mahnwache am 16. April in Ellwangen die verantwortungslose Politik, mit der die EU-Mitgliedstaaten versuchten, ihre Länder vor den Menschen auf der Flucht abzuschotten, statt ihnen zu helfen und die Fluchtursachen zu bekämpfen. Gudrun Loeffler (Aktionsbündnis Mahnwache), Karin Böhme (Friedenskreis der ev. Kirchengemeinde), Pater Reinhold Baumann (Comboni-Missionare), Renate Huober (Freundeskreis Asyl) und Josef Baumann (Ellwanger Friedensforum) verurteilten das Abkommen zwischen der EU und der Türkei als Verstoß gegen die Genfer Flüchtlingskonvention und die UN-Menschenrechtscharta. Europa verabschiede sich mit diesem Vertrag (von dem nicht einmal eine deutsche Fassung vorliege) von seinen Werten, empörten sich die SprecherInnen.

Hinweis: „[Das Flüchtlingsdrama: Ein Appell zum Umsteuern. In Europa und in Deutschland](#)“

[Weiterlesen ...](#)

In aller Kürze:

18.03.2016 **Rassismus ist salonfähig geworden. Am internationalen Tag gegen Rassismus warnt der Flüchtlingsrat Baden-Württemberg vor geistigen Brandstiftern.** Pressemitteilung des Flüchtlingsrats BW

08.04.2016 **Familiennachzug: PRO ASYL und der Flüchtlingsrat Niedersachsen beklagen permanenten Verfassungsbruch**

24.02.2016 **Appell zur Einführung einer Gesundheitskarte für Asylsuchende in Baden-Württemberg**

In einem [offenen Brief](#) an Ministerpräsident Kretschmann und die Landtagsabgeordneten Baden-Württembergs fordern die Medinette aus Baden-Württemberg zusammen mit weiteren Initiativen und Verbänden aus dem Bereich der Flüchtlingshilfe und dem Gesundheitswesen die Einführung einer Gesundheitskarte für Flüchtlinge. Die 13 UnterzeichnerInnen weisen darauf hin, dass dafür vom Bund die rechtlichen Voraussetzungen geschaffen worden sind und dass in den medizinischen und flüchtlingsbetreuenden Fachkreisen die Gesundheitskarte als sicher und umsetzbar gilt. Auch der Flüchtlingsrat BW zählt zu den UnterstützerInnen des Appells.

3. NEUE PUBLIKATIONEN / MATERIALIEN

07.04.2016 **Die Rechte und Pflichten von Asylsuchenden**

8-seitiges Informationspapier mit Basisinformationen

Der [Informationsverbund Asyl und Migration](#) hat den dritten Teil seiner Reihe „Basisinformationen für die Beratungspraxis“ mit dem Titel „Die Rechte und Pflichten von Asylsuchenden - Aufenthalt, soziale Rechte und Arbeitsmarkt während des Asylverfahrens“ herausgegeben. In 10 Kapiteln gibt er einen Überblick über Themen wie Rechtsstellung, Leistungen, Zugang zum Arbeitsmarkt oder Garantien für besonders schutzbedürftige Gruppen. In der Reihe „Basisinformationen für die Beratungspraxis“ sind außerdem letztes Jahr Informationspapiere zu den Themen „[Das Asylverfahren in Deutschland](#)“ und „[Das Dublin-Verfahren](#)“ veröffentlicht worden.

04 / 2016: Informationsverbund Asyl und Migration: [Die Rechte und Pflichten von Asylsuchenden - Aufenthalt, soziale Rechte und Arbeitsmarkt während des Asylverfahrens](#)

22.02.2016 **Was darf die Heimleitung?**

Informationsflyer auf acht Sprachen

Der [Flüchtlingsrat Brandenburg](#) hat ein Merkblatt zu den Rechten und Pflichten der Heimleitung erstellt. Es enthält Informationen zu deren Arbeitsaufgaben und den Grenzen der Zuständigkeit. Es soll helfen, Unsicherheiten zu beseitigen und BewohnerInnen der Unterkünfte über ihre Rechte gegenüber der Heimleitung aufzuklären.

Der [Informationsflyer](#) kann auf der Seite des brandenburgischen Flüchtlingsrats auf arabisch, deutsch, englisch, farsi, französisch, russisch, türkisch und vietnamesisch heruntergeladen werden.

Brandenburgischer Flüchtlingsrat: [Was darf die Heimleitung?](#)

07.03.2016 **Begleitheft „Leben in Deutschland“**

Das Begleitheft „Leben in Deutschland“ wurde von verschiedenen Vereinen, Flüchtlingsbeauftragten, ehrenamtlichen Helferinnen und Helfern und Deutschen mit Migrationshintergrund aus den entsprechenden Ländern konzipiert. Es soll helfen, Umgangsformen schnellst möglich an Zugewanderte Menschen zu vermitteln und ist speziell auf Menschen, die kein Deutsch sprechen sowie für AnalphabetInnen ausgelegt. Auf 52 bunt illustrierten Seiten werden Umgangsformen unserer Kultur aufgezeigt, die man auch ohne Sprach- und Lesekenntnisse verstehen kann. Seit Februar steht das Begleitheft in Deutsch/Arabisch, Deutsch/Dari und Deutsch/Farsi zur Verfügung.

Zur Homepage: www.lid-integration.de

16.02.2016 **Handreichung für die Betreuung und Unterstützung von LSBTTI*-Flüchtlingen**

Beratungsbroschüre aus Nordrhein-Westfalen

Der Arbeiter-Samariter-Bund NRW hat im Januar 2016 eine [Beratungsbroschüre für LSBTTI*](#) (steht für Lesben, Schwule, Bisexuelle, Transsexuelle, Transgender und Intersexuelle) herausgegeben. Die Broschüre informiert sowohl allgemein über das Thema und die Beratung als auch über das Thema LSBTTI* im Asylverfahren. Außerdem bietet sie einige Informationen zu der Sicht auf LSBTTI* in verschiedenen Weltregionen. Der Leitfaden ist für NRW konzipiert, viele Informationen sind aber auch für geflüchtete Menschen und UnterstützerInnen in Baden-Württemberg relevant. Die Handreichung kann sowohl als PDF heruntergeladen werden als auch kostenlos über die [Homepage des Lesben- und Schwulenverbands](#) als Printversion bestellt werden.

01 / 2016 ASB NRW: [Handreichung für die Betreuung und Unterstützung von LSBTTI*-Flüchtlingen](#)

4. VERANSTALTUNGSHINWEISE

Wir veröffentlichen hier Veranstaltungen mit landesweitem oder überregionalem Bezug. Weitere Veranstaltungshinweise (Fortbildungen, Veranstaltungen mit regionalem Bezug) finden Sie auf der Homepage unter <http://fluechtlingsrat-bw.de/veranstaltungen.html>

Fortbildungstermine

Unser aktuelles Fortbildungsangebot finden Sie auf unserer [Projektwebsite „Aktiv für Flüchtlinge“](#).

30.04.2016 **AfD Parteitag verhindern!**

Blockaden und Großdemonstration am Samstag, 30. April in Stuttgart

Am 30. April hält die AfD in Stuttgart ihren Bundesprogrammparteitag ab. Die bundesweite Kampagne „Nationalismus ist keine Alternative“ ruft dazu auf, ab 7 Uhr morgens Blockaden rund um den Parteitag zu organisieren und sich ab 13 Uhr an der Großdemonstration zu beteiligen.

Veranstaltungsankündigung auf der [Homepage von „Nationalismus ist keine Alternative“](#)

03.05.2016 **Vortrag und Diskussion zu sicheren Herkunftsstaaten**

Dienstag, 3. Mai 2016 19:30, Treffpunkt Petershausen, Georg-Elser-Platz 1, Konstanz

Der Vortrag wird sich mit der geschichtlichen Entwicklung des Rechtsbegriffs der „sicheren Herkunftsstaaten“ sowie den gesetzlichen Regelungen befassen, die im Rahmen eines Asylverfahrens für Betroffene aus diesen Staaten gelten – und insbesondere nach Inkrafttreten des „Asylpaket II“ gelten werden.

Referent: Tobias Lutze, Rechtsanwalt

[Veranstaltungsflyer](#)

28.04.2016 **Umkämpftes Mittelmeer - Diskussionsveranstaltung zur Situation an den EU-Außengrenzen**

Donnerstag 28.04.16, Alte Uni Hörsaal 2, Bertoldstraße, Freiburg

Derzeit werden mit aller Macht die europäischen Grenzen weiter aufgerüstet, um Geflüchtete davon abzuhalten, ihren Asylantrag in Europa zu stellen. Dies wird flüchtende Menschen auf immer gefährlichere Fluchtrouten zwingen.

Zu diesem Thema informieren und diskutieren Father Mussie Zerai von [L'Agencia Habeshia](#) sowie Marion Bayer und Hagen Kopp vom [WatchTheMed Alarm Phone](#)

Veranstaltung Aktion Bleiberecht Freiburg: [Umkämpftes Mittelmeer- Diskussionsveranstaltung zur Situation an den EU-Außengrenzen](#)

In eigener Sache:

Werden Sie Kooperationspartner des Flüchtlingsrats

Die Stimme der Geflüchteten sichtbar nach außen tragen

Ein zentrales Ziel des Flüchtlingsrats BW ist die Koordination und Unterstützung der ehrenamtlichen Flüchtlingsinitiativen in Baden-Württemberg. Um die Zusammenarbeit zu fördern und den gemeinsamen Einsatz für die Belange von Geflüchteten auch nach außen sichtbar zu machen, bieten wir den Initiativen eine Kooperationspartnerschaft an. Daneben können auch sonstige Organisationen aus Baden-Württemberg, die die Ziele des Flüchtlingsrats unterstützen, unsere KooperationspartnerInnen werden. Eine Kooperationspartnerschaft ist unabhängig von einer Mitgliedschaft beim Flüchtlingsrat BW möglich und wir würden uns freuen, wenn Sie Teil unseres Kooperationsnetzwerks werden möchten. Bei Interesse können Sie dazu einfach unser Onlineformular ausfüllen: www.fluechtlingsrat-bw.de/kooperationsformular.html

Impressum

FLÜCHTLINGSRAT BADEN-WÜRTTEMBERG

Geschäftsstelle, Hauptstätter Str. 57 - 70178 Stuttgart

Tel.: 0711 - 55 32 83-4 -- Fax.: 0711 - 55 32 83-5

E-Mail: info@fluechtlingsrat-bw.de

Web: www.fluechtlingsrat-bw.de

Solidarität braucht Solidarität!

Unterstützen Sie unsere politische und praktische Arbeit für Flüchtlinge durch eine Mitgliedschaft, eine Fördermitgliedschaft oder eine Spende an: Flüchtlingsrat Baden-Württemberg e.V. , GLS Bank, BLZ 430 609 67, Kto. Nr. 70 07 11 89 01, IBAN: DE66 4306 0967 7007 1189 01, BIQ: GENODEM1GLS

AutorInnen der Beiträge: Andreas Linder, Melanie Skiba, Sebastian Röder, Laura Gudd, Volker Löffler, Clara Schlotheuber, Julian Staiger

Redaktion: Angelika von Loepler, Ulrike Duchrow, Ute Schlipf

Der Newsletter erscheint im zweimonatigen Turnus.

Unsere bisherigen Newsletter finden Sie auf unserer Website unter <http://fluechtlingsrat-bw.de/e-mail-news.html>

Wenn Sie den Newsletter abbestellen wollen, schicken Sie uns bitte eine E-Mail an info@fluechtlingsrat-bw.de.

Der Newsletter wird im Rahmen des Projekts „aktiv für Flüchtlinge“ gefördert durch das Land Baden-Württemberg, Ministerium für Integration. Der Flüchtlingsrat BW wird außerdem unterstützt durch PRO ASYL, das Diakonische Werk Württemberg, der Evangelischen Kirche Baden und die Diözese Rottenburg-Stuttgart.